

Bundesparteitag in Dresden



Wenn man seine Ohren aufgesperrt hat und in den Gängen den Gesprächen gelauscht hat, dann war ein Wort besonders häufig zu hören: langweilig. Nun will man das genau ja eigentlich überhaupt nicht sein. Dennoch war das wohl das liebste Wort der Delegierten auf dem Bundesparteitag. Wie sehr haben wir uns nach den Kämpfen und Auseinandersetzungen in unserer Partei nach einem ruhigen und entspannten Parteitag gesehnt. Zum Glück haben wir genau einen solchen bekommen.

Um hier nicht falsch verstanden zu werden. Die inhaltlichen Themen und Debatten waren alles andere als langweilig. Immerhin stand das Bundestagswahlprogramm auf der Tagesordnung. Der Parteivorstand hatte im Vorfeld alle Mitglieder eingeladen, ihre eigenen Vorstellungen einzubringen. Die Genossinnen und Genossen haben dieses Angebot vielfältig genutzt. Auch aus unserem Kreisverband lag ein Änderungsantrag vor. Der wurde in zwei Workshops von Genossen erarbeitet. Dafür an dieser Stelle ein herzlicher Dank. Ein Antragsmarathon stand also an. Zwar hatten Parteivorstand und Antragskommission schon gute Vorarbeit geleistet, dennoch stand der Sonnabend (und zwar der ganze, inklusive der Nachtzeit) ganz im Zeichen der roten Stimmkarte. In unserem Antrag ging es um die Kindergrundsicherung. Teile davon hatte der Parteivorstand bereits übernommen. An zwei Stellen konnten wir die Delegierten direkt

überzeugen. Jetzt steht in unserem Wahlprogramm auch, dass das Kindergeld nicht auf Hartz 4 angerechnet und die Haftpflichtversicherung von Hebammen übernommen werden soll.

Höhepunkte des Parteitages waren sicher die Reden der Parteipromis. Bernd Riexinger überzeugte den Parteitag durch eine inhaltlich fundierte Rede. Er griff die SPD beherzt an und machte deutlich, warum es im neuen Bundestag eine starke linke Parteibraucht. Für mich einer der Höhepunkte der Tagung. Auch Gregor nutzte seine Redezeit, um

sich mit der Regierung von Frau Merkel und mit der Politik von SPD und GRÜNEN auseinanderzusetzen. Katja legte in diesem Sinn noch einmal nach. Gregor erfüllte uns noch einen Wunsch. Mit seiner Rede haben wir jetzt quasi unser Kurzwahlprogramm in der Hand. Er zählte nämlich kurz und bündig die wichtigsten Forderungen auf. Also unbedingt nachlesen!!!

100 % sozial war das Motto des Parteitages. Dabei geht es uns um die sozialen Bedingungen in unserem eigenen Land. Aber als Internationalisten blicken wir natürlich auch über den Tellerrand. Solidarität wurde groß geschrieben. Zu Gast war die Genossin Marisa Matias von Bloco aus Portugal und Mitglied unserer Fraktion im Europaparlament. Mein Satz des Parteitages kommt von ihr: Eine LINKE der bloßen Kritik ist eine LINKE der Vergangenheit. Wir brauchen konkrete Antworten auf die konkreten Probleme der Menschen! Nach ihrer bewegenden Rede gab es dann einen dieser seltenen Gänsehaut-Momente. Alle Delegierten sangen zusammen das Lied der Nelkenrevolution Grandola Vila Morena. Bewegend! Alles in allem bleibt festzuhalten: Das war wirklich mal ein sehr guter Parteitag.

Kerstin Liebich

Weitere Berichte zum Parteitag in dieser Ausgabe!

In dieser Ausgabe

Seite 2: Editorial
Seite 3: Kindertag
Seite 4: Kreisparteitag LRO
Seite 5: Kreisparteitag Rostock
Seite 6/7: Bundesparteitag
Seite 8: Senioren AG
Seite 9: Sanitz

Seite 10 : Besuch in Mexiko
Seite 11 : Friedensfest
Seite 12 : Kurt Kaiser wählt
Seite 13 : Wohnungspolitik
Seite 14 : 17. Juni 1953
Seite 15 : Termine
Seite 16 : Friedensbündnis

In der neuen Ausgabe des Klartext gehen wir ausführlich auf die Parteitage des Monats Juni ein. Um es vorweg zu nehmen, die Parteitage waren langweilig, um nicht zu sagen öde. Keine Skandale, kein Geschrei, keine Fettnäpfchen, kein Personenkult. Stattdessen ein sehr gutes Wahlprogramm, sachliche Diskussionen, Nachwuchs, ein Landratskandidat ... Na ja, und ein Honecker-Imitator. Aber lest selbst!

Der Wahlkampf kann kommen. Unser Direktkandidat Steffen Bockhahn läuft schon auf vollen Touren (S. 3). Unser Autor Kurt Kaiser hat seine Wahl bereits getroffen, wie er auf Seite 12 schildert. Seine Gründe sind nachvollziehbar, sofern man des Plattdeutschen mächtig ist. Wenn jemand noch Gründe sucht, sei ihr/ihm das Interview zur Wohnungspolitik auf Seite 13 empfohlen. Auch wenn die Medien es gerne verschweigen, die Forderung nach bezahlbaren Mieten wird von uns am glaubwürdigsten vertreten. Das gilt erst

Recht für die Friedenspolitik, da hat Peter Möller Recht (S. 7). Lest dazu auch den Bericht von Carsten Hanke auf Seite 16.

Und wo schreibt die SPD noch bei uns ab? Na klar, beim Thema Rente. Auf Seite 8 berichtet Karl-Ludwig Spengler über die Arbeit der Rostocker AG Seniorenpolitik.

Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünschen Euch wie immer Carsten Penzlin und die Redaktion.

P.S.: Die Schriftgröße ist in dieser Ausgabe teilweise geringer als üblich. Nur so konnten wir alles unterbringen und mussten keinen Autor enttäuschen.



KLARTEXT online

Erklärung zum Asylbewerberheim Güstrow

Im Zusammenhang mit der Eröffnung des Asylbewerberheimes in Güstrow erklären der Landratskandidat der LINKEN, Andreas Reinke, und die Kreistagsfraktion DIE LINKE:

Wir fordern alle Demokraten auf, sich öffentlich und im privaten Umfeld für Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit auszusprechen. Wir setzen uns ausdrücklich für das Recht auf Asyl und den Schutz von Flüchtlingen ein. Wir anerkennen das im Grundgesetz und im Völkerrecht garantierte Recht auf Schutz vor Krieg und Verfolgung.

Wir verurteilen jeden Versuch, Asylbewerber und Flüchtlinge zu verunglimpfen oder auf andere Weise anzugreifen.

Flüchtlinge und alle Menschen nicht-deutscher Herkunft sollen im Landkreis Rostock nicht als Gefahr und Belastung diffamiert, sondern mit Respekt vor ihrer Kultur und individuellen Geschichte Willkommen heißen werden.

Menschen, die in unserem Landkreis Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, haben ein Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung.

Begegnen wir den Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinschaftsunterkünfte aufgeschlossen und respektvoll. Helfen wir ihnen, mit dem Leben in der neuen und fremden Umgebung zurechtzukommen. Nehmen wir die Flüchtlinge in unserer Gemeinschaft auf.

Rassismus, dumpfer Nationalismus und menschenverachtende Respektlosigkeit dürfen vor dem oft schweren Schicksal von Flüchtlingen keine Chance haben!

Wir rufen die Einwohnerinnen und Einwohner auf, im Sinne dieser Erklärung zu handeln.

Andreas Reinke sowie Karin Schmidt und Fraktion

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-landkreis-rostock.de.

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Peter Möller, Peter Hörnig,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Carsten Penzlin

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:

Bad Doberan: KNr: 1015583 BLZ: 13061128 Raiffeisenbank	Rostock: KNr: 430002084 BLZ: 13050000 OSPA-Rostock
---	---

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Kindertag mit der Linkspartei



Ein tolles Kinderfest am und mit dem „Winkeltreff“ am 1.6.2013 - organisiert vom Stadtteilverband DIE LINKE Lütten-Klein und vielen ehrenamtlichen Mitstreitern und Unterstützern sowie Sponsoren

Der internationale Kindertag, das lag uns in diesem Jahr besonders am Herzen, sollte mitten im sozialen Brennpunkt Lütten Kleins organisiert werden („Winkeltreff“, Ausgabestelle der „Rostocker Tafel“ und das Sozialkaufhaus“).

Den Kindern und ihren Eltern wollten wir ein paar unvergessliche Stunden des Frohsinns und der Freude bereiten. Denn nicht immer ist es möglich, ihnen die Aufmerksamkeit und Zuwendung zu bieten, die ih-



Am Freitag vor dem Kindertag hat das Wahlkampfteam von Steffen Bockhahn vor dem Edeka-Markt in Sanitz den Kindertag vorgefeiert. Mit dabei waren viele Kinder, eine Zuckerwatte-Maschine, jede Menge Luftballons, eine sehr talentierte junge Frau, die das Kinderschminken in die Hand nahm, und ein gut gelauntes Team...

nen eigentlich zustehen.

Im Stadtteilverband fanden sich schnell Mitstreiter, die für das Gelingen ihre guten Beziehungen zu Unterstützern und Spon-



Alle Beteiligten und Besucher schätzten das Kinderfest als sehr gelungen ein.

Hans-Jürgen Donner, Sprecher des Stadtteilverbandes Rostock, Lütten Klein



Wie es ist, Einkaufen zu gehen, wissen alle. Doch wie fühlt man sich hinter der Kasse? Nicht als Kunde, sondern als Dienstleister? Für viele Rostocker ist das tägliche Arbeitsrealität. Darum habe ich zusammen mit Edeka beschlossen, mal

in diesen Job hinein zu schnuppern. Am Morgen begann mein Arbeitseinsatz. Um Punkt zehn saß ich hinter der Kasse und hab eine Stunde lang kassiert. Mein Umsatz wurde dann von Edeka aufgerundet und ging als Spende an den *Behinderten Alternative Freizeit e.V.*, welcher unter anderem den Zirkus Fantasia betreibt. Danach habe ich mit der Einzelhändlerin und

Vertretern von Edeka einen Marktrundgang gemacht und dabei über die Lage in der Branche sowie Tarifverträge und Arbeitsbedingungen gesprochen.

Text und Foto: www.bockhahn.de



Berichte vom Kreisparteitag im Landkreis



Zum Kreisparteitag im Landkreis Rostock erreichten uns zwei Berichte. Die Wertungen fallen teilweise unterschiedlich aus, wie Ihr sehen werdet. Zuerst der Bericht von Christian Teske:

Am Samstag, den 8. Juni 2013 ab 09.00 Uhr fand die 4. Tagung des 1. Kreisparteitages in Güstrow im Bürgerhaus, Sonnenplatz 1, statt. Auf der Tagesordnung standen Berichte der amtierenden Kreisvorsitzenden, die Rede „Zu den Aufgaben der Partei DIE LINKE, speziell im Bundestagswahljahr“ von der Landesvorsitzenden, MdB Heidrun Bluhm, mit anschließender Diskussion sowie die Wahlen von 10 Delegierten für den Landesparteitag, 2 Mitgliedern für den Landesausschuss und die Nominierung des/der Landratskandidat/in. Es kamen 43 Delegierte und 16 Gäste ins Bürgerhaus nach Güstrow.

Den Bericht des Kreisvorstandes hielt der amtierende Kreisvorsitzende Christoph Küsters, er sprach unter anderem über die Arbeit des Kreisvorstandes, über Themen der Kreisvorstandssitzungen und über den bevorstehenden Bundestags und Landratswahlkampf sowie den Ausblick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr.

Als Landratskandidat für die Landratswahl am 22. September im Landkreis Rostock wurde mit 42 Ja-Stimmen und einer Enthaltung der Dipl. Jurist Andreas Reinke aus Kösterbeck gewählt. Andreas Reinke wurde 1973 in Neustrelitz geboren; er ist verheiratet und hat 3 Kinder. Andreas arbeitete bisher in der Bundesagentur für Arbeit, war Wahlkreismitarbeiter von Prof. Dr. Wolfgang Methling und ist zurzeit Kreisgeschäftsführer im Kreisverband Rostock der Partei DIE LINKE. Er hat wie auch die

anderen Kandidaten keinen Amtsinhaberbonus und will, dass auch seine Kinder eine Zukunft im Landkreis Rostock haben.

Die Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 17, Heidrun Bluhm, sprach zu den Genoss_innen. Sie berichtete vom Wahlprogramm, das u.a. eine Mehrwertsteuersenkung für Handwerksleistungen oder eine Vermögens-

steuer für Privatvermögen beinhaltet. Es wird einen gemeinsamen Wahlkampf mit unserem Landratskandidaten und Heidrun Bluhm geben. Außerdem erzählte sie, dass es Kurzwahlprogramme geben wird, und dass im Landesvorstand ein Kommunikationskonzept erarbeitet wird. Auf der Tagesordnung standen desweiteren die Wahlen von zehn Delegierten für den Landesparteitag und von zwei Mitgliedern für den Landesausschuss. Als Mitglieder im Landesausschuss wurden Sven Sauer und Kerstin Neuber gewählt. Als Delegierte zum 4. Landesparteitag wurden gewählt: Karin Schmidt, Gerit Losand Gärber, Christiane Butz, Barbara Kirchhainer, Kerstin Neuber, Christoph Küsters, Prof. Fritz Tack, Peter Möller, Christian Teske und Manfred Millow. Zum Abschluss gab es einen unterhaltsamen, lustigen und interessanten Kulturbeitrag von Martin Ohlerich alias Erich Honecker.

Und hier der Bericht von Peter Möller, ebenfalls Mitglied des Kreisvorstandes:

Am 8. Juni führte unser Kreisverband seinen Kreisparteitag durch. Es gab einige Dinge zu bewältigen. Vorbereitung der Bundestagswahlen im September, Wahl eines Landratskandidaten und Delegiertenwahlen für den Landesparteitag. Gut vorbereitet und erfolgreich bewältigt ist die zutreffende Kurzfassung. Unsere Landesvorsitzende forderte auf, den Bundestags- und Landratswahlkampf miteinander zu verbinden. Erfolgreich können wir nur sein, wenn wir vor Ort „klein-klein“ auf die Wähler zugehen und sie mit unseren Vorstellungen vertraut machen. Einen massiven mit überwiegend materiellem Einsatz geführten Wahlkampf können wir ohnehin

nicht finanzieren.

Unsere Angebote aus dem Wahlprogramm decken sich mit den Vorstellungen vieler Menschen von einer gerechteren Gesellschaft, friedlichem Miteinander und sozialer Sicherheit. Wir müssen es den Wählern „nur noch“ überzeugend vermitteln.

Erfreulich auch Heidruns Ankündigung, im Landesvorstand im Juni einen „Kodex zum Umgang miteinander“ zu entwickeln. Hier hat sie seit ihrer Amtsübernahme schon etwas auf den Weg gebracht und es ist gut, dass diese Entwicklung verstärkt fortgesetzt werden soll.

Unser nunmehr mit 42 Stimmen und einer Enthaltung gewählte Landratskandidat ist Andreas Reinke. Er stellte sich vor und das Wahlergebnis spricht dafür, dass er die Delegierten überzeugt hat. Er wird im Wahlkampf nicht nur seine bisherige politische Erfahrung sondern auch seine persönlichen Erfahrungen mit dem Sozialsystem der BRD einbringen können. Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten und eine transparente Verwaltung wird ihn für viele Wähler als interessanten Kandidaten erscheinen lassen.

Der letzte Tagesordnungspunkt war besonders interessant. In der Vergangenheit war es häufig so, dass Genossen überredet wurden, sich als Delegierte zum Landesparteitag aufstellen zu lassen. Das hat sich geändert, die Delegierten des Kreisparteitages waren wegen der vielen Kandidaten gezwungen eine Wahl zu treffen. Das ist gut so und zeugt davon, dass es ihnen nicht gleichgültig ist, wer ihre Interessen im Landesverband vertritt.

Und noch eine Anmerkung muss sein: manchmal ist es gut, wenn die Presse vor dem Ende der Veranstaltung das Interesse an uns verliert. Am Ende gab es nämlich noch eine „kulturelle Einlage“. Es war eher ein Anschlag. Der Täter war ein Honecker-Imitator. Meine Einschätzung: die positivste Bewertung die ich dazu abgeben kann. Superpeinlich, ein Glück, dass das nicht auch noch öffentlich wahrgenommen wurde!

Foto: Nico Arndt

Auch in Rostock tagte der Kreisparteitag



Einstimmung auf die Bundestagswahl, Auswertung des Bundesparteitages, Wahl der Delegierten zum Landesparteitag, der Mitglieder des Landesausschusses sowie eines Mitglieds des Kreisvorstandes – diese Themen prägten den jüngsten Kreisparteitag der Rostocker LINKEN, die 2. Tagung des 3. Kreisparteitags.

Gen. Steffen Bockhahn wertete 96 Tage vor der Bundestagswahl die bisherigen Aktivitäten im Wahlkampf aus, dankte den fleißigen Wahlhelfer_innen und hob besonders die gut organisierte Verteilung unserer Zeitung Rostock Backbord hervor. Noch nie sei man so gut vorbereitet in einen Bundestagswahlkampf gegangen, sagte Steffen. Sein Wahlkreis umfasst diesmal größere Teile des Landkreises, umso wichtiger werde es sein, in der Stadt Rostock noch mehr Stimmen als im Jahre 2009 zu sammeln. In seiner Rede ging Steffen auch auf die Verschwendung im Verteidigungsministerium ein; während für die Rüstung Milliarden ausgegeben werden, gebe es nicht genug Geld, um ausreichend Kindergartenplätze zu finanzieren.

Genn. Eva-Maria Kröger berichtete aus der Arbeit der Bürgerschaftsfraktion. Nur DIE LINKE setzt sich noch konsequent für den Erhalt des Vierspartentheaters in seiner jetzigen Qualität ein. In den Haushaltsberatungen war der Widerstand unserer Fraktion gegen Kürzungen im Sozial- und Jugendhilfe-Etat erfolgreich.

Die beiden Kreisvorsitzenden berichteten vom Dresdner Bundesparteitag. Beide hoben die gute Diskussionskultur hervor. Die mediale Berichterstattung sei aber verzerrt gewesen: Weder sei der Parteitag ein „Triumph der Reformer“ (Neues Deutschland) noch seien die inhaltlichen Debatten langweilig gewesen.

Zum neuen Mitglied des Kreisvorstandes wurde der 23-jährige Soziologiestudent Marcel Eggert gewählt. Mitglieder des Landesausschusses sind Elke Friedl (neu), Eva-Maria Kröger, Olaf Groth und Carsten

Penzlin.

Text: Carsten Penzlin

Der Parteitag aus jugendpolitischer Sicht

Immer mehr junge Genoss_Innen engagieren sich in unserer Partei. Für die Zukunft lässt das optimistisch stimmen, auch wenn hier und da noch einige Probleme zu beheben sind.

Am 28. Juni fand die 2. Tagung des 3. Kreisparteitags der LINKEN Rostock statt. Und obwohl dieser Parteitag der vorläufigen Tagesordnung nach kaum Spektakuläres zu bieten schien, wartete auf die Delegierten und Gäste doch die ein oder andere positive Überraschung.

Es sollte ein Wahlmarathon werden. Gleich fünf Wahlen mussten durchgeführt werden. Neben den Delegierten zum 4. Landesparteitag und den Mitgliedern für den Landesausschuss musste auch ein Mitglied für den Kreisvorstand nachgewählt werden. Schon die Vorstellung der gemischten Liste für die Delegierten zum 4. Landesparteitag machte deutlich, worin die Besonderheit dieses Parteitages lag. Gut die Hälfte der Bewerber lag im Jugendverbandsalter, war also unter 35 Jahre. Dass von den jüngeren Genossen dann auch alle gewählt wurden, ist darüber hinaus ein Zeichen für die anstehenden Bundestagswahlen, die Partei zukunftsfähiger gestalten zu wollen. Sicher bedeutet Jugend nicht gleich inhaltlichen oder strukturellen Fortschritt, genauso wenig wie Alter immer Weisheit bedeutet, aber trotzdem zeigte die Wahl die Bereitschaft der Delegierten, das sprichwörtliche Zepter an die nächste Generation weiterzutragen.

Eine weitere Überraschung bot die Nachwahl für den Kreisvorstand auf der gemischten Liste. Hier kandidierten zwei Genossen. Günther Peters und Marcel

Eggert wollten beide in den Kreisvorstand. Schließlich machte Marcel eindeutig das „Rennen“. Er trat mit dem Anspruch an, studentische Interessen im Kreisvorstand vertreten zu wollen.

Bereits vergangenes Jahr hatten wir in Rostock den Arbeitskreis „Die Linke.SDS“ der linksjugend [solid] Rostock neu gegründet und versuchen seitdem, linke Hochschulpolitik an der Rostocker Universität präsen- ter zu machen. Hochgesteckte Ziele hatte sich der SDS bei seiner offiziellen Gründung im Dezember vergangenen Jahres gestellt. Auch auf dem Parteitag in der Stadthalle schimmerte bei verschiedenen Redebeiträgen der selbstgesteckte Anspruch durch.

Bei aller Aufbruchsstimmung und berechtigter Freude über eine neue linke Studierendengruppe an der Rostocker Uni müssen jedoch noch viele Defizite ausgeräumt werden. So liegt der Internetauftritt des SDS seit Monaten brach, Einladungen werden nicht immer und nicht allen Genoss_innen des SDS mitgeteilt, und die Öffentlichkeitsarbeit beschränkt sich zumeist auf das umstrittene soziale Internetnetzwerk „Facebook“. Demgegenüber steht eine fehlende bzw. schwache politische Profilierung der Hochschulgruppe zu lokalen Problemen an der Rostocker Universität und das Unvermögen einiger weniger Genossen (nicht aller), wichtige Informationen weiterzutragen bzw. Problemstellungen schnell anzugehen. Auch an eigenen Aktionen fehlt es noch. Universitäre Themen werden zwar von der Ortsgruppe der linksjugend [solid] Rostock auf verschiedenste Weise aufgegriffen, der SDS hielt sich in der Vergangenheit aus Themen wie dem 80. Jahrestag der Bücherverbrennung durch NS-Studenten in Rostock völlig heraus.

Marcel's zukünftige Arbeit, bei der ich ihm als jugendpolitischer Sprecher aber auch als Studierender bestmöglich unterstützen möchte und werde, wird sich auch im Zusammenhang mit der Arbeit des neuen Arbeitskreises SDS messen lassen müssen. Gute Voraussetzungen, linke Inhalte an der Uni durchzusetzen, haben wir allemal. Unser Direktkandidat für den Bundestag liegt nach Umfragen des allgemeinen Studierendenausschusses (ASTA) an der Uni Rostock mit großem Abstand vorne.

Text und Foto: Nico Burmeister



Berichte vom Bundesparteitag in Dresden

Wir haben es beschlossen, das beste Wahlprogramm aller Parteien! (von Christoph Küsters, amt. Kreisvorsitzender des Kreisverbandes LRO)

Aber ich möchte bei der Wiedergabe meiner (natürlich subjektiven Eindrücke) beginnen mit dem ersten Tag des Parteitages: Dieser wurde nicht wie vorgesehen um 12.30 am Freitag begonnen, sondern erst um 14.00 Uhr, da ca. 50 Delegierte (auch welche aus MV) in einem Zug mit Oberleitungsschaden fest saßen. Zum Glück kein schlechtes Omen sondern nur ein Grund den Zeitplan zu korrigieren.

Nach den Begrüßungsworten durch den Landesvorsitzenden aus Sachsen und die Dresdner Oberbürgermeisterin (beide gingen auf die Hochwassersituation ein) folgte eine mitreißende Rede des Vorsitzenden Bernd Riexinger: Er freute sich in Dresden zu sein, der Symbolstadt für den Widerstand gegen alte und neue Nazis und skizzierte dann unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Umverteilen im Gegensatz zu den Harz 4 Parteien Grüne und SPD und den Parteien der „marktkonformen Demokratie“.

Die anschließende Generaldebatte wurde von Sara Wagenknecht eröffnet mit einer guten Rede zur Europa- und Wirtschaftspolitik, in der sie auch das Reizthema Euro anschnitt: Die Linke kann stolz sein, dass sie als einzige im Bundestag vertretene Partei über den Euro diskutiert, während die Regierung Merkel mit ihrem Privatisierungs- und Spardiktat Europa vor die Wand fährt.

Nach der Generaldebatte wurden dann noch die Bundesschiedskommission und die Finanzrevisionskommission gewählt. Erstere war ja beim Bundesparteitag in Göttingen komplett zurückgetreten und führte die Geschäfte nur noch kommissarisch. Danach tagte das Frauenplenum, und es fand zum ersten Mal der bei jedem Parteitag angekündigte, aber dann aus Zeitgründen immer abgesagte Tanzabend statt. (Allerdings ohne die Delegierten aus LRO, die nach einem schönen Essen in der Innenstadt die Hotelbetten bezogen.)

Der Samstag stand ganz im Zeichen des Bundestagswahlprogrammes: Erst hielt die Vorsitzende Katja Kipping eine sehr emotionale Rede zu den Blockupy-Protesten in Frankfurt und dem anschließenden Polizeikessel, und zur vergangenen SPD-Jubiläumsfeier, bei der sich die SPD für ihre Gegenwehr zum Ermächtigungsge-

setz feiern ließ ohne die Kommunisten zu erwähnen, die zu der Zeit schon inhaftiert waren oder in die Emigration getrieben wurden. Dann sprach Gysi davon, dass wir als Linke in allen wichtigen Dingen die Mehrheitsmeinung in der BRD vertreten. Diese muss dann am 22.09. nur noch zur politischen Mehrheit werden!

Den Reden schloss sich ein Sitzungsmarathon bis 0.30 Uhr am Sonntag an, bei dem wir orientiert am Leitantrag über zahlreiche Änderungsanträge abstimmen mussten. Viele Änderungsanträge waren jedoch schon im Vorfeld vom Parteivorstand übernommen und eingearbeitet worden und so herrschte bei der Mehrheit der Delegierten wenig Elan, diesen Kompromiss noch einmal aufzudröseln. So wurden viele Anträge im Block abgestimmt und dann meist abgelehnt. Beim Kapitel „Friedlich und gerecht in der Welt“ wurden die Anträge jedoch einzeln abgestimmt mit dem guten Ergebnis, dass die Positionen zur Bundeswehr und Auslandseinsätzen eher verschärft, statt verwässert wurden. Auch ein Antrag zur Wiedervergesellschaftung von Post und Telekom kam ins Wahlprogramm, sowie ein Antrag zur strikten Trennung von Staat und Kirche und gegen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Je später der Abend wurde, umso mehr sank jedoch die Bereitschaft der Delegierten, die Anträge einzeln zu behandeln.

Am Sonntag wurden Dringlichkeitsanträge zu Drohnen, zur Solidarität mit türkischem Protest und andere beschlossen. Die ergreifende Rede von Marisa Matias vom portugiesischen Linksblock gehörte zu den Sternstunden des Parteitages – hier lohnt sich das Nachlesen im Internet oder Disput.

Den Rest des Sonntags verbrachten wir mit Satzungsfragen. Diese sind ja bekanntlich wichtige Machtfragen, aber meist nur mäßig interessant. Außerdem haben Satzungsabstimmungen den Nachteil, dass man nicht mal zum Kaffee den Saal verlassen kann, da es immer auf die Zweidrittelmehrheit ankommt.

Fazit: Alle in der Partei zeigten sich bemüht, die Gemeinsamkeiten mehr zu betonen als Trennendes. Wir haben ein gutes Wahlprogramm mit kantigem, klarem Profil erarbeitet, dass mit nur sehr wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen eine überwältigende Mehrheit fand. Ich habe aus diesem Parteitag Kraft und Zuversicht für den Bundestagswahlkampf geschöpft und das, obwohl diese Kraft unmöglich aus der

Verpflegung herrühren konnte.

Impressionen vom Dresdener Bundesparteitag (von Birgit Schwebs)

Mit gemischten Gefühlen bin ich zu diesem Parteitag gefahren...einerseits beladen mit vielen Fragen zur weiteren Entwicklung der Partei, aber andererseits war ich auch skeptisch wegen der gerade bestehenden Hochwassersituation in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Irgendwie fühlte ich mich doch ein bißchen als „Hochwasser-Tourist“. Und wirklich: scheinbar waren meine Zweifel gerechtfertigt, denn als wir am späten Donnerstagabend unser Hotel in Dresden suchten, waren verschiedene Straßen noch wegen des Hochwassers gesperrt. An den Straßenrändern in Elbnähe lagen noch die mobilen Wasserschutzwände und in der Tiefgarage des Hotels lagen Schläuche und Wasserpfützen bewiesen, dass das Hochwasser nicht ganz spurlos an Hotel und Kongresszentrum vorüber gegangen war. An der Rezeption des Hotels erfuhren wir dann, dass die mobilen Hochwasserschutzwände nur noch eine Handbreit aus den Elbfluten geschaut hatten. Ist es also sinnvoll, dort trotzdem eine politische Großveranstaltung durchzuführen? Aber spätestens als die Oberbürgermeisterin der Stadt, Helma Orosz, die Delegierten begrüßte und auf die Einnahmeausfälle verschiedener Hotels und Gaststätten in Folge des Hochwassers und der dadurch entstandenen Schäden verwies, verschwand das eigenartige Gefühl.

Vor den Delegierten des Parteitages standen zwei wichtige Aufgaben: die Diskussion und der Beschluß des Wahlprogramms und verschiedene Satzungsänderungen. Außerdem mußte die Bundesschiedskommission neu gewählt werden. Und wie immer wußten wir im Voraus, dass die Zeit knapp werden würde. Zwar waren wir schon mit mehreren Kilogramm Papier beladen nach Dresden gefahren, aber auf unseren Plätzen erwarteten uns dann noch ein weiteres Kilo – der aktualisierte Entwurf des Wahlprogramms...dem vom Bundesvorstand vorgelegten Entwurf waren schon unzählige Änderungen aus den Gliederungen der Partei hinzugefügt worden und über noch mehr eingereichte Ergänzungen sollte abgestimmt werden.

Überhaupt das Abstimmen – das war unsere Hauptbeschäftigung an diesen Tagen. Die inhaltlichen Debatten zu den einzelnen Punkten waren kurz, die Redezeiten

und die Anzahl der RednerInnen strikt begrenzt. Änderungsanträge durften nur eine Minute lang begründet werden – keine leichte Aufgabe für das jeweilige Tagungspräsidium. Wer reden wollte, mußte sich anmelden. Wer reden durfte, entschied das Los. So dass auch für Abwechslung gesorgt war, denn nicht nur Politprofis wie Sarah Wagenknecht konnten ihre Position darstellen, sondern auch GenossInnen der Basis. Nach den ersten Stunden Debatte und Abstimmungen war eigentlich klar: der Entwurf des Wahlprogramms, so wollten es offensichtlich die Mehrzahl der Delegierten, sollte so bleiben, wie es uns in Dresden vorgeschlagen wurde. Letztlich haben die Delegierten dann auch nur 2 Änderungen zugestimmt – die jeweils in einer begrenzten Debatte kurz erörtert wurden. Zum einen gab es den Vorschlag der Bundesarbeitsgemeinschaft betrieb&gewerkschaft, im Wahlprogramm festzuschreiben, die Deregulierung von Post, Telekom und Bahn wieder rückgängig zu machen. Also nicht, sie zu kommunalisieren, wie einige der anwesenden BürgermeisterInnen befürchteten und vehement ablehnten, sondern die Verantwortung dafür in die öffentliche Hand zurückzugeben, damit der Staat wieder die Möglichkeit erhalten würde, seiner Verantwortung zur Absicherung der Daseinsvorsorge auf diesen Gebieten gerecht zu werden. Das sah die Mehrzahl der Delegierten ebenfalls als wichtig an und so wurde es beschlossen.

In einem zweiten Punkt zog sich der Parteitag – und ich bin froh darüber! – ganz klar und deutlich auf unser Grundsatzprogramm zurück, indem er festschrieb, dass es ein Ziel unsrer Politik sei, deutsche Soldaten aus **Auslandseinsätzen** zurückzuholen. Der Änderungsantrag hatte gefordert, die Soldaten aus den weltweiten **militärischen** Einsätzen abzuführen...Ich denke, diese Klarstellung war grundrichtig und wichtig, denn die Werbung für die Bundeswehr und militärische Einsätze ist durch die schwarzgelbe Koalition in der vergangenen Legislatur ganz klar ausgeweitet worden – man denke da nur an die geplante Bundeswehr-Briefmarke oder die forcierte Werbung in Schulen! Mit dieser steigenden Propaganda soll offensichtlich

einerseits die starke Abneigung der Bevölkerung gegen die militärische Entwicklung und die Auslandseinsätze der Bundeswehr beeinflusst und andererseits die steigenden Ausgaben für Rüstung und Krieg gerechtfertigt werden. Schon deshalb sollten wir als LINKE klar und deutlich sagen, wie wir Politik gestalten wollen, was uns von den anderen Parteien unterscheidet.

Letztlich wurde das Wahlprogramm mit übergroßer Mehrheit angenommen – leider mit dem für uns LINKE üblichen Fehler: es ist wie immer viel zu lang! Dass es auch kürzer und knackiger gehen könnte, hat uns Gregor Gysi gezeigt. In knapp 20 Punkten hatte er in seiner Rede die Hauptforderungen der Partei für den bevorstehenden Wahlkampf skizziert und damit offenbar den Nerv der Delegierten getroffen. Leider standen seine Formulierungen nicht zur Abstimmung...

Der Sonntag war der Abstimmung über notwendige Satzungsänderungen vorbehalten. Obwohl der Parteitag schon eine Stunde länger tagte als geplant, konnten nicht alle Anträge abgestimmt werden. Und das war gut so! Denn so sind die Anträge aus dem forum demokratischer Sozialisten, mit denen die Anzahl der Delegierten zu den Bundesparteitagen, die aus den bundesweiten Arbeitsgemeinschaften kommen reduziert sowie deren Rechte begrenzen sollten, nicht mehr zur Abstimmung gekommen.

Klare Ansage (von Peter Möller)

Mit einiger Erwartung habe ich dem Bundesparteitag entgegengesehen. In den vergangenen Monaten ist uns als Partei immerhin gelungen, den Medien wenig Anlass zur Berichterstattung zu geben. Denn berichtet wird ja nicht etwa über unsere Politikangebote, sondern (fast) nur über öffentlich ausgetragene politische / personelle Auseinandersetzungen. Meine Hoff-

nung war, dass das so bleibt. Und siehe da, es blieb so. Mit seltener Einhelligkeit wurde das Wahlprogramm für die Bundestagswahlen im September verabschiedet.

Der Berichterstatter des ehemaligen Zentralorgans wollte als Ergebnis einen „Sieg für die Reformer“ erkannt haben, ohne seine Einordnung näher zu spezifizieren. Ich glaube, dass vor allen Dingen die Partei etwas gewonnen hat – ein Wahlprogramm, das sich von den Programmen aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien unterscheidet. Mindestlohn, Überwindung der sozialen Spaltung im Land, gerechte Steuerpolitik und Durchsetzung des Art. 14 (2) des Grundgesetzes haben inzwischen alle Parteien in ihren Programmen. In vielen Varianten und ganz sicher unterschiedlich ehrlich gemeint, wenn es an die Umsetzung geht.

Aber wir als Linke haben uns ein Alleinstellungsmerkmal erhalten, das uns auch keine der anderen Parteien in absehbarer Zeit streitig machen wird. Das ist die bedingungslose Friedenspolitik. Verbot von Rüstungsexporten, keinerlei Auslandseinsätze der Bundeswehr unter welcher fadenscheiniger „Begründung“ auch immer, sofortige und bedingungslose Beendigung der derzeitigen „Missionen“ – das ist für mich der Kern unseres Wahlprogramms. Und damit sollten wir für unsere Politik werben. Hier haben wir die Mehrheit der Bürger des Landes hinter uns. Wenn die jetzt auch noch alle zur Wahl gehen und uns ihre Stimme geben, könnte mich das vielleicht ein wenig mit meiner Zwangsausbürgerung aus der DDR 1990 versöhnen.

Lasst uns gut darauf achtgeben, dass diese klare Haltung nicht in Frage gestellt wird. Hier darf es keine Kompromisse geben. Sie würden uns endgültig zu einer „normalen“ Partei in diesem Land machen und die braucht niemand, da ist die Auswahl wegen fehlender inhaltlicher Differenzen schon jetzt zu groß.

Zu Besuch bei Heinz Born



„Mein Leben in zehn Kartons und auf vier Wänden“ – unter diesem Motto präsentiert unser Rostocker Genosse Heinz Born in einem kleinen Raum seiner schmu-

cken Wohnung Andenken an sein bewegtes Leben. Hier wird Geschichte lebendig – in Gestalt der Biografie eines deutschen Linken. Sorgfältig hat Heinz Born diese Erinnerungsstücke zusammengetragen und präsentiert sie gern dem staunenden Besucher.

In den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges hätte ein Granatsplitter sein noch junges Leben beinahe beendet, doch Heinz Born hatte Glück. Wenn der 94-jährige heute interes-

sierte Besucher durch das kleine Kabinett in seiner Wohnung in der Langen Straße führt, darf dieses kleine Stück Metall nicht

fehlen. Es entschied mit über seinen weiteren Lebensweg, ein Leben für den Frieden.

Auch wenn Heinz kein Infomaterial in die Briefkästen mehr verteilen kann, in seiner Familie und seinem Bekanntenkreis wirkt er unermüdlich für linke Politik. Wer ihm wie ich zugehört hat, glaubt gerne, dass er dies mit großem Erfolg tut.

Heinz Born freut sich über jeden interessierten Besucher. Die Zukunft des Kabinetts ist gesichert. Sein Sohn wird dieses Stück Familiengeschichte später einmal in Ehren halten.

Carsten Penzlin



Senioren für Senioren

Liebe Genossinnen und Genossen, nach dem Kalender werden wir Jahr für Jahr älter, ob wir jedoch alt werden oder jung bleiben, bestimmen wir mehr oder weniger selbst. Der jüngere Mensch verfügt über 30 % Vergangenheit und 70 % Zukunft. Damit ist klar in welcher Richtung er schaut. Der ältere Mensch verfügt über 70 % Vergangenheit und 30 % Zukunft. Das setzt ihn der Gefahr aus, in der Gefangenschaft der Vergangenheit zu geraten. Liebe ältere Genossinnen und Genossen verfallt nicht in diese Fehler und gebt euch nicht mit der Rolle des Beobachters und Kommentators zufrieden. Erkennt rechtzeitig, wo ihr mit eurer Lebenserfahrung und eurem guten Urteilsvermögen gebraucht werdet. Tagtäglich erfahrt ihr, wo es klemmt, beim Wohnen, der Gesundheitsvorsorge und der Barrierefreiheit im weitesten Sinne. Wir Älteren haben die Aufgabe, die Jüngeren, die vorwiegend in die Zukunft sehen, zu sensibilisieren, um neu herangereifte Veränderungen, die uns Ältere bedrücken, bewusster wahrzunehmen. Wir wollen damit nicht die Defizite, sondern die Ressourcen und Chancen einer älter werdenden Gesellschaft in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stellen. In unserer Stadt wurde in den Jahren 2006/2007 im Ergebnis der 1. Demographischen Konferenz sowie der Befragung der Seniorinnen und Senioren eine Strategie der kommunalen Entwicklung in verschiedenen Lebensbereichen älterer Menschen, wie Arbeit und Beschäftigung, Gesundheitsförderung und Prävention, medizinische Versorgung, Wohnen, Bildung und Mobilität, offene Seniorenarbeit und -beratung, aber auch Teilhabe an kommunalen und gesellschaftlichen Leben erarbeitet. In diesem Zeitraum setzte sich auch im Rostocker Kreisverband unserer Partei die Erkenntnis durch, eine AG der Senioren zu bilden. In der PDS wurde gleich nach der Gründung eine BAG der Senioren gebildet und auch die LAG in MV entstand zu diesem Zeitpunkt. Die Schwerpunkte unserer Arbeit können in den Seniorenpolitischen Leitlinien unserer Partei unter

www.dielinke-zusammenschlüsse.de nachgelesen werden.

Seit Bestehen unserer AG „Seniorenpolitik - HRO“ führten wir zahlreiche Veranstaltungen zu politischen Schwerpunkten, Gesundheit und Pflege, sowie übers Wohnen im Alter durch. Zu diesen und anderen Themen haben wir uns kompetente Persönlichkeiten eingeladen, die uns in Vorträgen über Renten, Patientenverfügung und die Arbeit im Hospiz sowie über geschichtliche Ereignisse in Mecklenburg-Vorpommern informierten. Die Teilnahme an diese offenen Veranstaltungen war unterschiedlich. In Artikeln im „Klartext“ berichteten wir über unsere Arbeit und warben um Mitarbeit in unserer AG. Der Wunsch oder das Bedürfnis bei uns mitzuarbeiten hält sich in engen Grenzen. Nach meiner Meinung wird die Seniorenarbeit in MV durch unsere Mitglieder als gering eingeschätzt. Das zeigt sich auch an der Beteiligung in den Seniorenbearäten auf kommunalen Ebenen. Das sollten die Vorstände unserer Partei einmal näher untersuchen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass in MV die Lebenserwartung bis 2030 bei Frauen auf 86 und bei Männern auf 81 Jahren steigt. Das geht aus der 4. Landesprognose der Bevölkerungsentwicklung in MV hervor. Jeder dritte Einwohner wird in gut anderthalb Jahrzehnten dann mehr als 65 Jahre alt sein - nur noch jeder Achte ist dann jünger als 20 Jahre. Unsere Hansestadt hat nach dieser Prognose 2030 schon 34,9 % Rentner. Wir werden in MV nur noch vom Landkreis Mecklenburger Seenplatte mit 36,7 % übertroffen. Das liegt nur scheinbar in weiter Ferne, aber heute müssen wir schon die Weichen für eine aktive Mitarbeit auf solchen Gebieten, wie

- Gesundheitsvorsorge im Alter;
- Schaffung einer hohen Qualität der Altenpflege;
- altersgerechtes und barrierefreies Wohnen;
- Sicherung der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für ältere Bürger;
- nicht zu vergessen die Rentenanpassung Ost an West und Verhinderung von Altersarmut,

sichern.

Wer, wenn nicht wir älteren Menschen müssen uns aktiv für die schnelle Durchsetzung dieser Fragen einsetzen und die Politiker mit der Nase darauf stoßen, was uns unter den Nägeln brennt. Das kann man nach meiner Meinung nur in einer Gemeinschaft erfolgreich tun. Dazu bietet sich eine Mitarbeit in unserer AG „Seniorenpolitik - HRO“ an. In Rostock geht es auch darum, durch **uns** das Programm „Älter werden in Rostock“ aktiv zu unterstützen. Genossinnen und Genossen, im Senioren Kurier MV habe ich folgendes Gedicht eines chinesischen Schriftstellers gefunden, das ich hier auszugsweise bringen möchte:

Lebensbilanz von Po Chü (772 - 846)

„Zwischen dreißig und vierzig lässt man sich von den fünf Gelüsten ablenken, zwischen siebzig und achtzig ist man das Opfer zahlreicher Krankheiten. Zwischen fünfzig und sechzig jedoch ist man frei von jeglichen Leiden; ruhig und gelassen - das Herz erfreut sich seiner Schonung. Von Gier (und anderen Gelüsten) habe ich Abstand genommen, mit Profit und Ruhm abgeschlossen. Weder bin ich krank noch gebrechlich und von Altersschwäche weit entfernt. Mein Körper ist noch stark genug,

Ich möchte an dieser Stelle sagen, um mich im Alter von fünfzig bis sechzig für noch ältere Menschen in der Gesellschaft zu arrangieren.

Denkt daran: „**Was uns Älteren nützt ist auch gut für die Jüngeren!**“

Karl-Ludwig Spengler
Vorsitzender der AG „Seniorenpolitik HRO“

50 Jahre Garnisonsort Sanitz

Nachdem Buch & DVD über die 43. Fla-Raketenbrigade „Erich Weinert“ Sanitz pünktlich zur Eröffnung der Ausstellung „50 Jahre Garnisonsort Sanitz“ im August 2012 erschienen sind, haben wir nun auch die Ausstellung selbst dokumentiert: ein Fotobuch & eine DVD zu dieser Ausstellung sind in diesen Tagen fertig geworden und können bestellt werden. Wer sich mit Fotobüchern auskennt, weiß, dass nicht nur schnell die Seitenanzahl in die Höhe geht, wenn man alles zeigen will, sondern auch der Preis. Wir haben einen guten Kompromiss gefunden, so die ersten Meinungen von interessierten Ehemaligen, die bereits gekauft und gelesen/geschaut haben und begeistert sind. Die DVD zeigt die Ausstellung von der Idee bis zur Er-

öffnung und ist mit 90 min. Spieldauer sehr umfangreich und ausführlich. Man kann dabei aber auch Kapitel einzeln aufrufen und sich anschauen. Eine Erinnerung an eine Ausstellung, die NVA & Bundeswehr & Schüler des Gymnasiums gemeinsam gestaltet haben und die es so sicherlich bisher in der BRD noch nicht gegeben hat. Der NVA-Ausstellungsteil zeigt die Entstehung und Entwicklung des FRR-18 bis zur 43.FRB und ist ein Zeitdokument nicht nur für Ehemalige dieser Truppe. Wir wünschen Euch Erinnerungen und auch viel Freude beim Anschauen/Lesen und Hören!

Buch „43. Fla-Raketenbrigade „Erich Weinert“-Fakten und Geschichten“, August

2012, ISBN 978-3-942477-31-4, Steffen-Verlag; auch über TRADI SANITZ, Preis 19,95 €

Die 43.Fla-Raketenbrigade „Erich Weinert“ der NVA war der erste und modernste taktische Verband innerhalb der Luftverteidigung der DDR und zeichnete für den Schutz des Luftraumes entlang der DDR-Ostseeküste verantwortlich. Als einzige Fla-Raketenbrigade der Luftverteidigung war sie mit vier Waffensystemen, einschließlich des Komplexes S-300, ausgerüstet. Im ersten Teil des Buches werden Struktur, Ausrüstung und Gefechtsmöglichkeiten beschrieben. ...

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Ein Abschnitt mit detaillierten Auszügen aus der Chronik schließt sich an. Am umfangreichsten sind die Zeitzeugenberichte vom Soldaten bis zum Oberst, vom Zivilbeschäftigten bis zu Familienangehörigen, authentisch, humorvoll und auch kritisch über Erlebnisse und Erfahrungen während ihrer Dienstzeit bzw. ihres Lebensabschnittes. Fotos, Skizzen, Dokumente und Übersichten ergänzen und vertiefen den Inhalt.

DVD „43.Fla-Raketenbrigade ‚Erich Weinert‘“, TRADI SANITZ, Preis: 7,50 €

Inhalt: Dia-Show mit Bildern & Videoteilen zur Geschichte der 43.FRBr einschließlich 03.10.1990 ff, Kapitel Archiv-Dokumente, Kapitel unveröffentlichte Buchbeiträge, Kapitel Ausstellung „50 Jahre Garnisonsort Sanitz“ September 2012 mit den Postern des NVA-Ausstellungsteils

Fotobuch Ausstellung „50 Jahre Garnisonsort Sanitz“, TRADI SANITZ, A4 Hochformat, Hochglanz, 28 Seiten, Preis: 30,00 €

Inhalt: Rückholung Erich Weinert-Büste/ Besuche in Pinnow & Gatow/ Idee & Organisation, Eröffnung der Ausstellung/ Besucher & nochmals Besucher/Heimatstube/NVA-Ausstellungsteil/Bundeswehr-Ausstellungsteil/ Geschichtsprojekt Gymnasium/Technik im Außenbereich; Poster des NVA-Ausstellungsteils (Auswahl); Kaserne „SIEBENBUCH“ Sanitz/ Militärgeschichtliche Sammlung/Technik; Abschluss der Ausstellung am 23.09.2012/Sponsoren/Spenden/Helfer

DVD Ausstellung „50 Jahre Garnisonsort Sanitz“, TRADI SANITZ, Preis 10,00 €

Inhalt: Dia-Show & zwei Videofilme (Eröffnung 01.09.13, Abschluss 23.09.13) von der Idee bis

zur Eröffnung incl. Rückholung der Erich Weinert-Büste 2009 & Audioteil Namensverleihung „Erich Weinert“ an 43.FRBr am 06.10.1972; Eröffnung der Ausstellung mit Video- und Audio- teil/ Durchgang durch die Ausstellung incl. Geschichtsprojekt Gymnasium/ Besucher/Technikschau NVA & Bundeswehr im Außenbereich; Bus-Shuttle/Kaserne „SIEBENBUCH“ Sanitz/ Technik/ Militärgeschichtliche Sammlung; Besuch Leutnantsjahrgang 1972 Sektion FRT OHS Kamenz am 23.09-2012/Abschluss der Ausstellung/Dauerausstellung zur 43.FRBr im TRADI SANITZ. Die jeweiligen Kapitel/teile auf der DVD sind auch einzeln abrufbar. Laufzeit/ Spieldauer, gesamt: ca. 90 min

Alle Preise zzgl. Verpackung-/Versandkosten. Bezugsmöglichkeiten: Buch über Buchhandel usw., Buch & Fotobuch & DVD's über TRADI SANITZ, Schwarzer Weg 1, 18190 Sanitz, Tel. Nr.: 038209-799, e-mail: bernd@kirchhainer.de

Gedicht von Kurt Kaiser

In de lerste Rostocker Stratenzeitung „STROHhalm“ is mi ein Gedicht von ´n unbekanntem Verfater upfollen, dat nu wägen de Hochwarerkatastroph siehr aktuell is un ein iernst tau nähmende Warnung von denn „Patienten lerd“ enthölt. Dorvon inspiriert, heff ick dat folgende Gedicht bäten modifiziert un up Plattdütsch tausamenriemelt.

Wat de lerd uns Minschen seggen will

Ach Minsch, wat hesst du mi all vör Weihdach bereit

Mi Wun ´n bi bröcht, mien Schätze utbeut ´!

Siet ewig Tieden heff ick di doch alls gäwen

Wat du däglich hest brukt tau ´n Läwen.

Ick geef di Warer, Nohrung, Licht,

dorför hólst du dat irdisch Gliekgewicht,

hesst urbor mi maakt un plägt,

wat ick di geef, betreut un hegt.

Dat wier ein Gäben un ein Nähmen

Kein ein von uns möt sik dor schämen.

Doch in de letzten hunnert Johren

Is de Düwel woll in die fohren.

„De Bodenschätze sünd all mien“,

sädst du, un geefst kein Ruh!

Klaust alls mi wech, as möt dat so sien.

Du bohrst nah Gas un Öl an dusend Stellen,

verdreckst dat Warer bit an ehr Quellen,

ümkreist mi sinnlos, stoppst denn Weltruum vull Schrott,

denkst: „Ick kann alls un bün bald mächtiger as Gott!“

Hesst mi mit Krieg ´ bibröcht untählighe Wun ´n

Mit Gift un Unrat ganze Biotope verschun ´n

Planten un anner Läben utrott ´

De Mahner denn ok noch verspott ´t

Zeigst di giezig un raffgierig nur

respektierst nich mihr mien ierdisch Natur.

Dorüm will ick nu ein Teiken setten,

üm di un mi tau retten:

ward nu kein Rauh mihr gäben,

lat all miene lerdendeile bäben!

Dor warden Tsunami- un Storm ´fluten

Dien Hus un Umwelt kaputtmaken, Binnen as Buten.

Ut Vulkane ward Lava kamen un Asch fleigen

lang war de Nacht sien un de Sünn sich nich zeigen!

Ick bring Taifuns, Tornados un Dauerrägen

Stormwirbel un Hochwarer warden di alls wegfägen,

wat du so klauk hesst för Generationen errichtet,

is, wenn ick will, mit ein ´ Schlag werrer tau nicht!

Dunner un Blitz as du ´t noch nich hesst kennt,

warden dahlschlagen von ´n Häwen-Firmament.

Un ´k kann ´t noch väl duller drieben,

drüm lat dien Umweltwahnsinn endlich blieben!

Minsch, lat doch mien ´ Warnung in di rin,

Bedenk: Du bruukst mi, - un ick kann ok ahn di sin!



Besuch in der UNAM und im Café Cerezo



Wenn man sich länger als eine Woche in Mexiko-Stadt aufhält, muß man sich am Montag überlegen, was man tut, da, wie in anderen Städten auch, die meisten Museen geschlossen sind. Wir hatten uns einen Besuch der Universitätsstadt, der UNAM vorgenommen. Auch wenn die UNAM nicht mehr, wie in älteren Nachschlagwerken ausgewiesen, die größte Uni der Welt ist, ist es trotzdem imposant, sich in dieser „großen Denkfabrik“ zu bewegen. Vom Zentrum von Mexiko-Stadt nimmt man die Metro 3 und fährt südlich bis zur Endstation „Universidad“. Dort verläßt man den Bahnhof in westlicher Richtung, geht an vielen Bushaltestellen vorbei und sucht die Station für die vielen „Ciudad Universitaria“-Busse, die kostenlos durch die Universitätsstadt fahren. Davon gibt es wohl etwa 20 Linien, die Studenten geben einem Auskunft, welchen man nehmen muß. Über 80 Gebäude, oft aus den 50er Jahren, liegen inmitten vieler Parks und Wiesen. Manche Institute sind mit hohen Zäunen und Stacheldraht gesichert, wie die US-Botschaft. 1968, kurz vor der Olympiade hatte der Mexikanische Staat die Autonomie der Uni mit Füßen getreten, Militär und Polizei waren widerrechtlich eingedrungen, es gab Tote und Verletzte. Wir haben den Eindruck, daß man das für die Zukunft verhindern will.

Wir wollten zur philosophischen Fakultät und eine Kolumbianerin im Bus nahm sich unserer an. Sie arbeitet hier an ihrer Doktorarbeit zu Menschenrechten und kennt sich in der Fakultät aus. Wir fragten nach dem „Café Cerezo“ und sie zeigte uns den Weg. Im Internet und Radio hatten wir er-

fahren, daß das Komitee Cerezo 2012 den Aachener Friedenspreis für das Engagement gegen die Kriminalisierung politischer Proteste und sozialer Bewegungen und für die Rechte politischer Gefangener erhalten hat. Wir wollten vor Ort sehen, wie es den Cerezo-Brüdern geht. Die Gänge und Innenhöfe des Gebäudes der philosophischen

Fakultät glichen einem Ameisenhaufen. Obwohl die Studenten und Professoren auch innehielten, Kaffee tranken, draußen rauchten, sich unterhielten, war doch alles in ständiger Bewegung. Auch die Traube vor dem Café-Fenster bildete sich ständig neu. Wir stellten uns an, bestellten Kaffee und Ute fragte die beiden jungen Männer, ob sie zu den Cerezo-Brüdern gehören. Sie bejahten und wir erzählten, daß wir in einem deutschen Radiosender von ihnen erfahren hatten. Das interessierte sie, aber die Schlange vor dem Café wuchs gerade wieder an. Als die Schlange kürzer wurde, bat uns Antonio Cerezo Contreras herein. Wir erzählten ihm, daß wir uns als Touristen nicht nur für die Geschichte, Kultur und Kunst, sondern auch für die aktuellen Probleme und sozialen Bewegungen Mexikos interessieren. So beobachten wir zur Zeit die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Ausbringung von GVO in Mexiko. Dabei ergeben sich Schnittpunkte zu den Themen des Cerezo-Komitees. Gerade im Norden Mexikos werden das politische Klima und damit auch die Widerstandsbewegung gegen die GVO-Felder durch die Repression von Mafia und Staat beeinflusst. Damit sind bestimmte wirkungsvolle Formen des Widerstands zu riskant. Antonio fand diese Kämpfe wichtig, gab uns auch Adressen von Menschen, die sich mit dem Thema GVO beschäftigen, erklärte aber auch gleich, daß es nicht sein Thema ist. Es gibt viele Menschenrechtsthemen, die national und international Beachtung finden: Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, Migrationsprobleme, Rechte der Indios, Arbeitsbedingungen und auch Umwelt- und Ernährungsfragen. Aber ihr Thema, die Repression des

Staates (Morde, Verschwundene, willkürliche Inhaftierung, Folter, Haftbedingungen, Kriminalisierung politischer Proteste) ist beim mexikanischen Staat, in Europa, bei Parteien und vielen staatshörigen NGOs unbeliebt. Wer interessiert sich schon für die Protokollierung von Toten! Wir erzählten von Repressionsmaßnahmen des Deutschen Staates gegen GVO-kritische Aktivisten, die bis zu 6 Monaten Haft erhielten. Aber wir ahnen, daß es in Mexiko oft um eine andere Dimension und um Leben und Tod geht. Auch die NGOs betreffend haben wir ähnliche Eindrücke. In der Konkurrenz um Staats- und Spendengelder und aus Karrieregründen verliert man oft das gemeinsame Ziel aus den Augen und geht unbeliebten Themen aus dem Weg. Selbst amnesty international verliert jedes Interesse an Opfern, sobald auch nur die geringste Gesetzesübertretung vorliegt. Dabei gibt es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht schlechte Gesetze mit zivilem Ungehorsam zu überschreiten.

Wir kamen auf die Autonomie der UNAM zu sprechen, es sei doch gut, wenn das Cerezo-Komitee so sein Café als Lebensunterhalt betreiben kann. Antonio erklärte, daß Autonomie eine Verwaltungsform sei, Polizei hier z. B. nichts zu suchen hat. Aber trotzdem gibt es Möglichkeiten der Einflußnahme, Beobachtung, Wachsenschutz, ojos (Augen = Spitzel). Ob sie in Zukunft auch das Café betreiben können? Antonio wiegt den Kopf. Er hofft es, aber der Uni wäre es lieber, sie wären nicht da. Man duldet sie. Wir wollten wissen, wie politisch interessiert und aktiv die Studenten hier jetzt sind. In Deutschland machen wir oft die Erfahrung, daß Gymnasiasten und Studenten sehr angepaßt, karrierebewußt und politisch sehr staatshörig sind. Das gibt es hier auch, antwortete Antonio, aber es gibt auch sehr interessierte und aktive, doch der Anteil schwankt. Wir fragen ob die Zugehörigkeit zu bestimmten Fachrichtungen Einfluß auf die Aktivität hat. Nach kurzer Überlegung nannte Antonio drei Bereiche, die immer wieder besonders aktiv sind: 1. filosofía y letras (Geisteswissenschaften), 2. Politikwissenschaften und 3. ciencias (Mathe und Physik).

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wir haben hier in Mexiko-Stadt den Eindruck, daß die Menschen recht widerständig sind und nicht so schnell aufgeben. Wenn wir früh aus dem Hotel kommen, schauen wir erst an den Himmel, wie das Wetter ist. Dann schauen wir auf die gegenüberliegende Straße, wenn dort 50 - 60 Polizisten, zum Teil in Kosmonautenanzügen (Aufstandsbekämpfungskleidung) stehen, sind wieder Demonstrationen angesagt. Die Polizisten müssen eine Zufahrtsstraße zum Senat und dessen Parkhaus sichern. Dort werden gerade Reformen für den öffentlichen Dienst diskutiert, was, wie überall, Verschlechterungen für die Werktätigen mit sich bringt. Jeden Tag demonstriert eine andere Berufsgruppe, mal die Energiearbeiter, mal die Straßenbahngewerkschaft. Eines Abends ist der Paseo de la Reforma voll von Schlafsäcken und Zelten, ordentlich ausgerichtet, schlafen in ihnen Lehrer aus ganz Mexiko. Die Polizisten bleiben hinter ihren Absperrungen, sie kommen höchstens hervor, um den Verkehr zu regeln, wenn die wütenden Demonstranten in der sowieso schon verkehrschattischen Rushhour auch noch die

zwei wichtigsten Straßen, den Paseo de la Reforma und die Avenida de Insurgentes dicht machen. Antonio lacht, als wir unsere Eindrücke erzählen, wird dann aber ernst und sagt, daß hänge vom Thema und den Umständen ab. Wir wollen wissen, ob die Reformen aufzuhalten sind, er weiß es nicht, befürchtet aber, daß es nicht gelingt.

Neben dem Sammeln von Fakten zur Repression des Staates gibt das Cerezo-Komitee auch Kurse zur Selbsthilfe und arbeitet dabei auch eng mit anderen Bewegungen zusammen, z. B. Yo soy 132. Wir wünschten Antonio und dem Komitee viel Erfolg in der Zukunft, wachsende, auch internationale, Beachtung, die sie bei ihrer Arbeit schützen kann.

Nach unserem Gespräch schauen wir uns die Außenfassaden der Biblioteca central mit dem Mosaik von Juan O`Gorman, La Rectoria mit murales von Siqueros und das Olympiastadion mit einem Relief von Rivera an.

Ute und Andreas Schmidt

Comite Cerezo

Als im August 2001 die drei Brüder Alejandro, Antonio und Hector Cerezo mit ihrem Mitstreiter Pablo Alvarado Flores unter nie bewiesenen Anschuldigungen inhaftiert wurden, gründeten die Geschwister Emiliano und Francisco mit Freunden das Comite Cerezo. Heute ist das Komitee eine der wichtigsten Menschenrechtsorganisationen Mexikos, daß sich überall dort kümmert, wo sich was bewegt und Aktivisten in Bedrängnis geraten.

Infos unter: www.comitecerezo.org, sogar mit deutscher Seite

Besucht das Friedensfest in Graal-Müritz!

Unter dem Motto „Für Frieden und Toleranz – gemeinsam gegen Rechts“ findet am 3. August 2013 von 10:00 – 17:30 Uhr auf dem Seebüchenvorplatz Graal-Müritz unser 10. Internationales Friedensfest statt. Zu dieser Jubiläumsveranstaltung laden wir alle Einwohner und Gäste unseres Ostseeheilbades recht herzlich ein.

Als Gäste erwarten wir die Botschafterinnen Boliviens und Nicaraguas, die Botschafter Ekuadors, Venezuelas und Kubas. Weitere Gäste an diesem Tag sind Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch und Steffen Bockhahn, Mitglieder des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Wolfgang Methling, Ida Schillen und weitere Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

Eröffnet wird die Veranstaltung um 10:00 Uhr traditionsgemäß im Hotel „Ostseewoge“ mit einer Gesprächsrunde der Botschafter mit Vertretern unseres Ostseeheilbades und Politpromis“. Verschiedenste Stände von Organisationen, Vereinen, Verbänden, Jugendorganisationen, Kunsthandwerkern, Künstlern und Ausstellern aus der näheren und weiteren Umgebung laden zum Verweilen ein, vier überregionale Zeitungen und ein Verlag stellen sich vor. Für die Unterhaltung der jüngsten Gäste ist ganztägig gesorgt.

Für eine bunte und abwechslungsreiche Unterhaltung sorgen:

10.00-10.20 Uhr Duo „Flashlight“/Countrymusik

10.30-10.50 Uhr Jazz Saxophon „Romantic Lounge“/Heidi Jantschik

11.00-11.30 Uhr Spielmannszug „SELBSTVERSTÄNDLICH Motor Barth“

11.40-12.00 Uhr Tanzgruppe aus Venezuela: „Teufelstanz“

12.10-12.30 Uhr Talkrunde mit Botschaftern

12.40-13.00 Uhr Girls dance group „InStyle“

13.00 Uhr Aufsteigen 100 Tauben / „Kleine weiße Friedenstaube“ („Welturaufführung“ auf plattdeutsch)

13.10-13.30 Uhr Trio „Saoco“ aus Kuba

13.40-14.00 Uhr Talkrunde Katja Kipping (angefragt) und Steffen Bockhahn

14.10-14.40 Uhr „Zartgesottene MeloDealer“ – „Gerecht gelinkt“

14.50-15.10 Uhr Line dance „Seabirds“ aus Graal-Müritz

15.25-15.55 Uhr Shantychor „De Prerow Stromer“

16.05-16.25 Uhr „Lyra e.V.“ aus Berlin/Tanz und Gesang aus Russland

16.35-16.55 Uhr Gruppe „AMIO“/Afrikanische Tänze/Trommler

17.05-17.25 Uhr Ensemble „Jamalat“/Orientalische Tanzkunst/Rostock

Die Erlöse des Tages gehen auf Solidaritätskonten: „Cuba sí – Milch für Kubas Kinder“, „Sozial schwache Kinder Graal-Müritz“ und an die Deutsche Kinderkrebshilfe.



Kurt Kaiser: Minsch, dau wat för dien Taukunft - drap de richtig´ Wahl !

Dei Rosa-Luxemburg-Stiftung har mi un drei von mien Frün´ ut denn Plattdütsch-Verein „Klönssack-Rostocker 7“ tau ein Lösung ut mien Bauk: „Zehn Rostocker Ströper – Jahrgang 1926“ inladd. Vereinspräsident Uwe Süßmilch, Thomas C. von Widdern un Jürgen Wittmüß lästen emotional sihr indrucksvulle Episoden ut dat Läben un Schicksal von Teihn Rostocker Jungens un Dierns in dei Tied: 1933 bit 1945.

Ok ick bün 1933, as miene einstigen Ströper-fründ´ tau Schaul kamen un heff von Anfang an dei nationalistische Ertreckung dörch dei Schaullehrer un Hitler-Jugend mitkrägen.

Hüt frag ick: „Wat loet damals dei Jugend, also ok mi, an dei Allmacht von Adolf Hitler gloeben un bereit sein, mit Millionen anner Friewillige för denn „Führer“ un dei Hakenkrützfaah – de mihr sien süll as dei Dot – in ´n Krieg tau trecken, bereit tau starben?“ Dor wier doch in uns Köpp dörch dei Naziideologie woll eine geistige Verwirrung inträdt. Ick müste ierst Teihn Johr – von mien 17. bit tau tau´t 27. Läbensjohr – dei Läbensschaal von Krieg un Kriegsgefangenschaft sowie dei Uteinannersetzung oewer Ursachen un Wirkung von ´n Krieg un totale Nedderlag dörchmaken, üm einen bewussten antifaschistischen Wech gahn tau könn´.

Mien Kompass wür af 1945 dei Schwur von dei oewerlebenden Häftlinge von´t KZ-Buchenwald: **„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“**

Gliek mi sünd ok Millionen DDR-Börger 40 Johr lang friewillig un ut Oewertüging einen antifaschistischen Weg gahn. Dortau brukte dat keine Diktatur un Verordnung, wi dat nu all 22 Johr lang besonnens „swart-gäle“ Politiker ümmer noch behaupten, un dorbi denn imperialen Kapitalismus as Allheilmittel Frieheit, Demokratie un soziale Gerechtigkeit uns vorgaukeln.

Nu stahn werrer mal Wahlen för ´nen niegen Bundesdach an un dormit de Moeglichkeit, wat för uns Taukunft tau dauhn, indem wi Kandidaten un ein Partei wählen.

Dor will ick doch gliek mal einen Wunschzettel schriewen:

Har ick dei Wahl, denn wüsch ick mi:

Gesundheit un alls wat dortau gehürt: Arbeit un soväl Lohn (Rente), dat ick mi un miene Familie ´ne schöne Wahnung, Erhaltung, Reisen, Kultur un Bildung beiden un alle satt maken kann. Dorbi bliw ick solidarisch un wüsch mi, dat kein Minsch so arm is, dat hei dössten, hungern un darben möt.

Uns Umwelt möt sauberer warden un dei Natur dörf keinen Schaden lieden, un för allem, dat dei Menschheit sik verdrägt, in Frieheit un Demokratie friedlich läben kann.

Ick wüsch mi, as dat all lang heiten deed un von de Völker förrert ward: „Friede auf Erden, macht die Schwerter zu Pflugscharen!“

Ick läw ja nich allein, dor sünd noch poor Milliarden annere up uns lerd, dei ok de glieken Wüsch hemm.

Gesellschaftsordnungen wiern un sünd nödig, dei sik in ´n Verloop von dusend Johren rutbild hemm: Nationen, Staaten un Parteien, ok religiöse Gemeinschaften un Institutionen, dei dat Rad von uns Geschicht vörwards bewägen.

Alls unner einen Haut tau kriegen, hett sülvst de „leiw´ Gott“ noch nich farig krägen. De menschliche Gesellschaft besteht nu mal ut Milliarden Individuen, wo jeder sienen eigen Kopp hett. Dor warden Politiker brukte, de dat Volk up denn richtigen Wech führen. „Einer för all – all för einen!“ sall heiten: de Politiker is för alle dor, also ok för mi – so as ick för em un sien Programm dor sin will, vörutgesetzt, dat hei ok miene Wüsch achten deed.

Af un an sölln wi dorüm ok Politiker un ehre Programme wählen!

Ick kann ´t nu im September mal werrer dauhn, kann dat oewer ok laten.

Ick weit: **Wenn ick nich wählen gah, ward nix bäder**, in ´n Gegendeil! Denn help ick villicht ok noch dejenigen, de ick nicht hemm wull, un alls ward nur noch leeger.

Gah ick oewer tau de Wahl, denn kümmt dorup an, dat ick de Partei un ehre Kandidaten wähl, deren Verspraken ick vertragen un gloeben kann.

Dor gifft dat väle Fragen an deren Antwort un Taten man mäten kann, ob dei Würd un Verspräkungen woll tau glöwen sünd.

Ick frag doch nu mal de Parteien un Kandidaten: „Wat wullt ji gegen Arbeitslosigkeit, Niedriglohn, sozialen Notstand un de ümmer gröttere Kluft twischen Arm un Riek dauhn?“ Un sei vertellen uns, wat sei alls vörhemm. Un manke schämen sik dorbi ok nich, mit de langjöhriegen Vörschläg von de Partei DIE LINKE, oewer „Mindestlohn“, „Vermögenssteuer“ u.a. driest up Stimmenfang tau gahn.

De SPD taun Bispill, erinnert sik ok an välet nich mihr, wat sei all bi vörige Wahlen verspraken un denn nich hollen hett. Sei räkend mit uns Vergätlichkeit.

Dor kiek ick doch mal genauer hen, woans dei Wirklichkeit utsüht, taun Bispill bi de soziale un nationale Sicherheit: De jetzig Regierung (CDU/CSU/FDP) un ok dei dorför (CDU/CSU/SPD), (SPD/GRÜNE), hem sik all Johrelang mit Bankiers- und Managements „fründschäftlich ümarmt“, dei u.a. von Bankhef Ackermann re-

präsentiert wür, dei tau sien Johretgehalt von 14 Millionen Euro, ok all mal einen Bonus von 80 Millionen Euro dortau inramscht hett. „Taun Dank“ hemm uns de Banken mit riskante Finanzspekulationen in ein grote Kris´ führt, ut dei wi, dei Stüertahler, all mit väle Milliarden Euro dei maroden Banken retten mösten.

Dat Ergäwnis is: De soziale Kluft twischen Arm un Riek ward ümmer gröter.

Wat de nationale Sicherheit bedröpt, möt ick de Parteien un ehre Kandidaten fragen,

woans sei dat mit ehre Frädensbeteuerungen un Gewissen vereinboren könn´, dat 6000 Bundeswehrosoldaten an Kriegsinsätze deilnähmen un wi ehre oewer 100 follenen Kameraden villicht ok noch starben möten.

Dütschland hett doch as Verursaker von ´n Tweiten Weltkriegs dei Welt verspraken: „Nie wieder Krieg!“ Un nu gehüren wi all wedder tau dei grötsten Rüstungsproduzenten, verköpen Panzer, U-Boote un anner Waffen für 1,3 Milliarden in ´n Johr.

Wer hierup nich klor antwurden un bloots utflüchten kann, süll keene Chanc kriegen, wählt tau warden! Jenne Kandidaten un Parteien, dei anduernd von Fräden räden, un üm denn sofortigen Awtog ut Afghanistan ümmer niege Uträden erfind´n, un an ümmer niege Nato-Kriegsinsätze, ünner denn Deckmantel von Frieheit, Demokratie, Minschenrechte un Humanität, deilmähmen – obwoll dat man bloots dei Profitinteressen von Wirtschaftslobbys deint – sünd kriminelle Heuchler. Wer bloots dorvon spräkt, denn Neonazisump uttaudrögen un de NPd verbeiden will oewer dennoch ehren „Wahlkampf“ finanziert, is ein Pseudodemokrat oewer kein Antifaschist. **So einen Kandidaten kann ick nich akzeptieren und so ein Partei auch nich wählen!** Un Sei, leiw Wähler un vör allem ok bitherige Nichwähler, süllt dat ok nich dauhn un dementspräkend an dei Wahl deilnähmen, üm dei einzig Partei un ehre Kandidaten wählen, de inne Geschicht all ümmer gegen Profitgier, kapitalistische Utbeutung, imperialistisch Machtsträben un Krieg kämpft hemm.

Dorüm roop ick jeden wahlberechtigten Börger tau: **„Minsch, dau wat för dien Taukunft - drap de richtig´ Wahl, wähl de Partei DIE LINKE un ehre Kandidaten!“**

Dei Linken hemm nich bloots verspraken, sei warden ok hanneln un ehr Verspraken inlösen, wenn wi – de Wähler – ehnen dortau de nödigde Stärke un Legitimation gäwen.

Welche Wohnungspolitik? Es gibt faktisch keine!

Heidrun Bluhm und Steffen Bockhahn über die Ursachen der Wohnungsnot in Deutschland und ihre sozialen Folgen, die Spekulation mit Wohnraum und die Forderung nach einem Neustart des sozialen Wohnungsbaus

Die Mieten steigen rasant, Wohnungen sind in den Metropolen, aber nicht nur dort, Mangelware. Was sind die Ursachen der gegenwärtigen Wohnungsnot?

Heidrun Bluhm: Vor allem sind bezahlbare Wohnungen Mangelware. Allein schon der Umstand, dass Wohnungen überhaupt Waren sind und das Grundbedürfnis Wohnen fast ausschließlich über den Markt befriedigt werden kann, ist die grundlegende Ursache für die aktuelle Wohnungsnot. Gebaut wird nur das, was ausreichend Gewinn abwirft. Es sind aber nicht allein die steigenden Mieten, die den Menschen zu schaffen machen, sondern die explodierenden Wohnkosten insgesamt also auch die Preise für Heizung, Strom, Wasser und so weiter. Es gibt faktisch seit Jahren keine aktive Wohnungspolitik der Bundesregierung mehr. Sie ignoriert hartnäckig ihre Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge. Man kann also sagen, das Problem ist hausgemacht.

Welche Rolle spielt dabei der Verkauf der Wohnungsbestände von Bund, Ländern und Kommunen in den vergangenen Jahren?

Steffen Bockhahn: Die zumeist durch die Finanznot der Kommunen erzwungene Privatisierung öffentlicher Wohnungen hat gravierende Folgen für die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum. Privatisierte Wohnungen müssen Rendite bringen. Deswegen steigen die Mieten. Was sich nicht rentiert, wird heruntergewirtschaftet und dann vom Markt genommen. Die absichtliche Verknappung von Wohnraum treibt die Mietpreisspirale zusätzlich an. Ohne nennenswerte öffentliche Wohnungsbestände gibt es auf dem Wohnungsmarkt auch kein wirksames Korrektiv zur privaten Wohnungswirtschaft.

Sind das Folgen der Finanzkrise oder hat das eine nichts mit dem anderen zu tun?

Steffen Bockhahn: Die Finanzkrise ist dafür nicht ursächlich, aber sie verschärft das Problem dramatisch. Sie hat die Profitgier der Finanzinvestoren auf den Wohnungsmarkt getrieben und dort wird jetzt mit Wohnungen gezockt wie mit beliebigen anderen Finanzprodukten. Für Anleger zählen keine Mieterinteressen, sondern nur Rendite. Die Bundespolitik verhindert das nicht – sie fördert das skrupellos durch den Verkauf eigener Bestände an international agierende Finanzinvestoren.

Angesichts explodierender Mieten sah der Deutsche Mieterbund kürzlich den sozialen Frieden in Gefahr. Wie sehen Sie die Situation?

Heidrun Bluhm: Es gibt mittlerweile, wenn auch noch vereinzelt, öffentliche Proteste von Mieterinnen und Mietern gegen die ausufernde

de Mietpreistreiberi in den Metropolen und Universitätsstädten. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Die soziale Spaltung der Mieterschaft in Deutschland ist längst im Gange und hat in vielen Stadtgebieten Berlins, Münchens, Hamburgs oder anderswo zum kompletten Austausch der Wohnbevölkerung geführt. Wohnen in der schicken City wird zum Statussymbol. Verdrängung und Neusortierung von Stadtquartieren nach der Zahlungsfähigkeit der Mieter und Wohnungssuchenden ist die Kehrseite der selben Medaille. Wohnen wird für immer mehr Menschen zu einer existenziellen Frage. Das sind keine Einzelschicksale mehr oder Randgruppenprobleme, sondern das ist zu einem Massenphänomen geworden und birgt gewaltigen sozialen Sprengstoff.

Welche sozialen Folgen hat die Wohnungsnot aus Ihrer Sicht?

Steffen Bockhahn: Für die einzelnen Mieterinnen und Mieter wird die Wohnungsnot dadurch spürbar, dass sie einen ständig wachsenden Teil ihres Einkommens für Wohn- und Mobilitätskosten aufwenden müssen und dadurch weniger Geld für andere Lebensnotwendigkeiten zur Verfügung haben. Immer mehr Menschen sind auf öffentliche Unterstützung angewiesen, um ihre Wohnkosten bestreiten zu können. Das ist nicht nur ein soziales, sondern auch ein moralisches Problem. Für die Kommunen bedeutet das finanziellen Mehraufwand und damit Streichung anderer sozialer Leistungen. Etwa für den Kitaausbau, Schulesen oder Kultur. Die sozialen Folgen gehen also weit über das unmittelbare Wohnen hinaus.

Inwiefern hat die Wohnungspolitik der vergangenen Dekade zur heutigen Situation beigetragen?

Heidrun Bluhm: Welche Wohnungspolitik? Es gibt faktisch keine! Die Bundesregierung hat sich jahrelang auf dem Selbstbetrug, die Wohnungsversorgung in Deutschland sei gut, ausgeruht und das Thema Wohnen komplett dem Markt oder bestenfalls den Ländern überlassen. Das hat zwangsläufig zu der Situation geführt, wie wir sie jetzt vorfinden. Nicht nur, dass nicht genügend bezahlbarer Wohnraum dort, wo er gebraucht wird, zur Verfügung steht, es fehlt auch massenhaft an demografie- und klimagerechten Wohnungen. Dabei war das seit Langem absehbar. Wir haben permanent darauf hingewiesen und entsprechende Anträge eingebracht. Alle wurden abgelehnt.

Was halten Sie von dem Ansinnen der Bundeskanzlerin, bei Neuvermietungen in Zukunft die Miete zu deckeln?

Heidrun Bluhm: Dieses Getöse ist blanker Populismus. Auch die Kanzlerin oder ihre Berater haben gemerkt, dass Wohnen und Mieten, brennende Fragen für viele Millionen Menschen und damit für eine breite Wählerschicht sind. Das kann man nicht einfach übergehen. Wenn der Kanzlerin auch nur irgend etwas an einer Mietbremse gelegen wäre, hätte sie dazu alle Zeit

der Welt gehabt. Allein die vier Jahre andauernde Diskussion um das kürzlich verabschiedete Mietrechtsänderungsgesetz hätte genug Gelegenheit geboten, sich für Mieterinteressen einzusetzen. Sie hat das Gegenteil getan. Selbst die massive Kritik aus den Kommunen, von vielen Fachverbänden und auch vom Bundesrat hat sie bisher standhaft ignoriert. Die Auslassungen der FDP zum scheinbaren Sinneswandel der Kanzlerin dazu sind keine „massive Kritik“, sondern ein Signal an die eigene Klientel in einem abgestimmten Wahlkampfeszenario.

Die Fraktion DIE LINKE wirbt im Bundestag in dieser Woche für eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Wie soll das konkret aussehen?

Steffen Bockhahn: Zunächst wollen wir verhindern, dass die soziale Wohnraumförderung nach 2013 einfach ausläuft. Es gibt im Moment keine Anschlussregelung für die bisher vom Bund an die Länder geleisteten Kompensationszahlungen. Wir wollen mit unserem Antrag in dieser Woche erreichen, dass die Bundesmittel von bisher 518 Millionen Euro jährlich auf 700 Millionen aufgestockt und auf diesem Niveau verstetigt werden. Begleitet werden müssen diese Zahlungen von Bund-Länder-Vereinbarungen über den zweckgebundenen Einsatz der Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die unbefristete Sozialbindung des geförderten Wohnraums. Darüber hinaus wollen wir die Aufstockung und eine stärkere sozial-ökologische Ausrichtung der Städtebauförderung.

Warum hat der Bund eigentlich den Ländern das Feld des sozialen Wohnungsbaus überlassen?

Heidrun Bluhm: Noch Ende der 1980er Jahre gab es circa fünf Millionen Sozialwohnungen in Deutschland. Durch das Auslaufen der zeitlich befristeten Sozialbindung sind immer mehr dieser Wohnungen aus ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung herausgefallen und werden nun am freien Wohnungsmarkt angeboten. Zur Zeit gibt es noch rund 1,6 Millionen Sozialwohnungen. Der Bedarf daran ist aber nicht kleiner geworden, sondern angewachsen. Einschlägige Studien gehen von sieben bis zehn Millionen Mieterhaushalten mit Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung aus. Dem Bund war es nur Recht, dass die Länder im Zuge der Föderalismusreform den sozialen Wohnungsbau zu ihrer Sache gemacht haben. Seither hat er sich mehr und mehr aus seiner Gesamtverantwortung für das Grundbedürfnis Wohnen gestohlen und nur noch – und das unzureichend – finanzielle Zuwendungen an die Länder geleistet, ohne deren sachgerechte Verwendung sicherzustellen.

Fortsetzung des Interviews auf S. 15



60. Jahrestag des 17. Juni - Ein Zeitzeuge berichtet



Der 17. Juni 1953 ... Dieses Ereignis wurde mit historischem Abstand durch die RotFuchs(RF) Regionalgruppe(RG) Rostock in ihrer am 12. Juni 2013 durchgeführten Bildungsveranstaltung einer Wertung unterzogen. Als Referent war der Historiker Norbert Podewin unser Gast.

Wie man weiß, gibt es je nach Interessenlage und Grundpositionen unterschiedliche Darstellungen der Ereignisse. Umso notwendiger ist es, dass Zeitzeugen und zu Wort kommen bzw. ihre Erlebnisse niederschreiben. In den Ausführungen von Norbert Podewin wurde sehr schnell den Zuhörern in dem überfüllten Veranstaltungsraum im Mehrgenerationenhaus in Evershagen deutlich, dass belegbare Fakten von einst heute mit gewollten Aussagen des Zeitgeistes vermischt durch die Medien den Bürgern vermittelt werden. Die generelle Dis-

kriminierung der DDR hat dabei Priorität.

Sehr detailliert berichtete der Referent, wie er, unter einem Sirenentrauma leidend, durch die Bombenangriffe der letzten Kriegstage zum überzeugten Pazifisten wurde, und leitete somit sehr anschaulich einen Überblick über die damals existierende internationale Lage ein, wobei dabei das Augenmerk auf die Auswirkungen des Ergebnisses des II. Weltkrieges gelegt wurden. Sehr interessant waren u.a. solche Aussagen über die zweigeteilte Sicht Stalins auf die Deutschen, die einmal als aggressiv und das andere Mal als fleißige Arbeiter galten. Gleichzeitig wollte Stalin den Ostteil Deutschlands nutzen, um die Reparationen für den entstandenen Kriegsschaden in seinem Land abzu leisten. In den weiteren Ausführungen spielten solche historische Fakten wie die „Stalin-Note“ vom 10. März 1952 eine wichtige Rolle. Danach sollte Deutschland ein demokratischer Friedensstaat werden. Inhaltliche Aspekte der II. Parteikonferenz der SED und ihrer Beschlüsse zum Aufbau des Sozialismus wurden durch sehr anschaulich dargelegte persönliche Erlebnisse vermittelt.

Der Referent stellte dar, dass die damalige DDR-Führung die Ursachen für die Juni-Ereignisse ausschließlich bei faschistischen Kräften suchte und die „hausgemachten“ Probleme einfach ignoriert wurden. Eine Aufarbeitung in der Partei selbst entfiel. Das veranlasste Norbert

Podewin in seinen Schlussbemerkungen auf das Statut der SED hinzuweisen, in dem es schon damals hieß: „Das Parteimitglied ist verpflichtet ... die Selbstkritik und Kritik von unten zu entwickeln, furchtlos Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen, gegen Schönfärberei und die Neigung, sich an Erfolgen in der Arbeit zu berauschen, gegen jeden Versuch, die Kritik zu unterdrücken und sie durch Beschönigung und Lobhudelei zu ersetzen, anzukämpfen.“

Diese Aussage dürfte auch für heutige linke Akteure gelten.

Es folgte eine rege Diskussion. Fragen an den Referenten wurden gestellt. Mehrere Teilnehmer berichteten von ihren persönlichen Erlebnissen aus dem Norden der DDR in diesen Tagen.

Den Organisatoren sowie Gästen der RF-Bildungsveranstaltung war bewusst, dass in den zwei vergangenen Stunden keine allumfassende Sicht auf dieses historische Ereignis gegeben werden konnte. Es wurden aber viele, auch neue interessante Aspekte genannt, die sich chronologisch in die bereits bestehenden Kenntnisse des 17. Juni 1953 einordnen. Gerade unter diesen Gesichtspunkten konnte diese RF-Bildungsveranstaltung einen kleinen aber wichtigen Beitrag zur Wissensvermittlung leisten.

Uwe Kramp / Jürgen Kloß

Leserbrief zum 17. Juni

Es kommt nicht oft vor, dass im Kapitalismus Arbeiteraufstände, soziale Unruhen und politische Streiks gefeiert werden. Ich möchte mich dem Thema aus einer persönlichen Sicht nähern, die politische Bewertung aber nicht ausklammern. Natürlich war ich 1953 nicht dabei. Ich war noch lange nicht auf der Welt. Ich will auch nicht über die DDR in ihrem vierten, sondern im vierzigsten Jahr, das zugleich ihr letztes werden sollte, berichten: Im Jahr 1989 war ich 27 Jahre alt. Die Ereignisse im Juni 1953 wurden dabei nicht ignoriert, sondern wurden behandelt, auf eine Weise, die mich heute, beim Nachlesen nachdenklich macht.

„ ... das Kräfteverhältnis ließ es nicht mehr zu, den Sozialismus in der DDR zu beseitigen. Bereits ihr erstes Ziel, ein Generalstreik als Ausgangspunkt zu weiterführenden Aktionen, erreichte die Konterrevolution nicht. Die Bürger der DDR begriffen zunehmend, was sich tatsächlich abspielte. Die übergroße Mehrheit der Arbeiter und Angestellten legte die Arbeit nicht nieder. Die meisten Streikenden nahmen sie sofort wieder auf, als sie erkannten, dass es nicht um Normen und Preise, sondern um die Arbeiter-und-Bauern-Regierung ging. Sie distanzieren sich von den Putschisten. Es zeugte

vom Vertrauen in die Macht der Arbeiter und Bauern, dass in den meisten Betrieben die Provokateure auf energischen, von den Parteiorganisationen der SED geführten Widerstand der Belegschaften stießen. Vielerorts formierten sich Arbeiterwehren, aus denen die Partei die Kampfgruppen der Arbeiterklasse bildete. Vielfach vollbrachten Arbeitskollektive als Antwort auf die Streikparolen gerade in jenen Tagen überdurchschnittliche Leistungen.“ Das Fazit meines DDR Geschichtsbuchs, lautet: „Weder der Generalstreik noch ein Volksaufstand« fanden statt.“

Ebenfalls im Jahr 1989, erschien in der DDR ein Buch mit einer ganz anderen Widerspiegelung der gleichen Ereignisse: »5 Tage im Juni« hat es Stefan Heym genannt. 1974 erschien es in der Bundesrepublik Deutschland und Ende der 80-iger Jahre auch in der DDR. Der ehemalige PDS Bundestagsabgeordnete hat in diesem Buch eine für mich spannende Lektüre geschaffen jenseits der harten Fakten, um mit der Romanfigur dem Leser eine Möglichkeit zu geben, sich selbst in das Geschehen einzuordnen. Stefan Heym lässt seinen Protagonisten Witte am Abend des 17. Juni sagen: «Die Weltgeschichte hat sich den Spaß erlaubt, von uns zu verlangen, dass wir den Sozialismus in einem Drittel eines geteilten Landes aufbauen, und das mit Menschen, die sich den Sozialismus keineswegs alle gewünscht haben. Wie

viel von der Abneigung gegen die Partei hat seinen Grund nicht in ihren Fehlern, sondern in ihren Zielen?»

Der jetzige Jahrestag fällt dagegen in eine Situation, in der die Politik des sozialen Ausgleichs endgültig abgeschafft wird und die Regierungen der letzten Jahre soziale Angriffe durchsetzt, die alles in den Schatten stellen, was bisher an sozialen Kürzungen stattgefunden hat. Die Distanz zur Demokratie wachse auch durch die nachweislich zunehmende Schere bei der Vermögensverteilung. Alle Opfer des 17. Juni 1953 mahnen uns, Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung für immer auszuschließen. Sie führen uns aber auch vor Augen, dass persönliche Freiheitsrechte und soziale Grundrechte einander bedingen und nicht gegenseitig aufgewogen werden dürfen. Dabei bin ich mir bewusst, dass dieser Weg im Alltag steinig, ja dornig ist. Dennoch gibt es dazu keine Alternative, unabhängig von sonstigen politischen Anschauungen, die eine Demokratie beleben und die eine wirkliche Demokratie eigentlich auch aushalten muss.

Andreas Lange (Teterow)

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Donnerstag, 4. Juli	16:30 Uhr	RotFuchs-Forum mit Egon Krenz zum Thema Ulbricht	Güstrow	Haus der Generationen
Dienstag, 16. Juli	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 16. Juli	18:00 Uhr	Kreisvorstand Rostock	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 18. Juli	15:00 Uhr	60. Jahrestag des Sturmes auf die Kaserne Moncada, RotFuchs-Forum mit Klaus Langer	Rostock	Mehrgenerationen-Haus Evershagen, Gorkistraße
Freitag, 19. Juli	18:00 Uhr	Kreisvorstand LRO	Kritzkow	Gaststätte
Dienstag, 30. Juli	18:00 Uhr	Kreisvorstand Rostock	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 3. August	10:00 bis 17:30 Uhr	Internationales Friedensfest	Graal-Müritz	Seebrückenvorplatz
Samstag, 10. August	15:00 Uhr	3. Sommerfest der LINKEN	Krakow	Festplatz des Anglervereins in der Goetheallee
Dienstag, 13. August	18:00 Uhr	Kreisvorstand Rostock	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 22. August	15:00 Uhr	Gesamtmitgliedervers. Evershagen; Gast: Karsten Steffen, der zum Wahlkampf spricht	Rostock	MGH Gorkistraße
Freitag, 23. August	16:00 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Sanitz	
Samstag, 24. August	10:00 Uhr	2. Parlamentarierstag DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern	Rostock	Stadthalle
Dienstag, 27. August	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 27. August	17:00 Uhr	Kreisvorstand Rostock	Rostock	Stephanstraße 17
Sonntag, 1. September	10:00 Uhr	Ehrendes Gedenken am Tag der Opfer des Faschismus	Bad Doberan	Ehrenmal Bachgarten
Mittwoch, 11. September	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Güstrow	
Samstag, 14. September	09:30 Uhr	Stilles Gedenken am Tag der Opfer des Faschismus	Güstrow	Friedhof Rostocker Chaussee
Donnerstag, 19. September	16:30 Uhr	"Eine Legende - Täve Schur spricht über den Sport gestern und heute" - RotFuchs-Forum	Güstrow	Haus der Generationen
Sonntag, 22. September		Bundestags- und Landratswahl	BRD	Wahlkabine

Fortsetzung von S. 13

Inzwischen werden offenbar Objekte des sozialen Wohnungsbaus in Innenstädten zu Spekulationsobjekten. Lässt sich das überhaupt verhindern?

Steffen Bockhahn: Wenn das politisch gewollt wäre, ließe sich das selbstverständlich verhindern. Bund und Länder sind dazu mit ausreichender Gesetzgebungskompetenz ausgestattet. Aber der Bund erklärt ganz offen, dass die Wohnraumversorgung nicht seine Aufgabe sei und die private Wohnungswirtschaft bei entsprechenden Anreizen und weiteren Steuervergünstigungen die Probleme schon lösen werde. Ein fataler Trugschluss, wie sich zeigt. Leider unternehmen auch die Länder und Kommunen zu wenig, um der Spekulation mit Wohnraum zu begegnen. Oftmals waren oder sind sie wegen ihrer prekären Haushalts-situation gezwungen Wohnungsbestände zu verkaufen, die dann zu Spekulationsobjekten werden. Ohne eigene Wohnungsbestände haben aber Kommunen kaum Gestaltungsmöglichkeiten für eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik.

Der soziale Wohnungsbau stand oft auch in der Kritik. Er erzeuge Ghettos, hieß es, es gab Fehlbelegungen durch Menschen, die längst besser verdienten und trotzdem dort wohnten. Und profitiert hätten vor allem Bauträger und Wohnungsbaugesellschaften. Gilt diese Kritik heute noch?

Heidrun Bluhm: Nicht der soziale Wohnungsbau als Ganzes, sondern seine Fehlleistungen und Nebenwirkungen standen zu Recht in der Kritik. Wir wollen den alten sozialen Wohnungsbau auch nicht einfach nur wiederbeleben, sondern ihn mit neuen Qualitätsmerkmalen ausstatten und in eine soziale Stadtentwicklung einbinden. Es geht heute nicht mehr um die massenhafte Produktion preiswerten Wohnraums, sondern um eine sozial ausgewogene, ökologische Wohnumfeld- und Quartiersentwicklung. Öffentliche Fördermittel müssen dauerhaft sozial zweckgebunden und im wohnungswirtschaftlichen Kreislauf bleiben. Konsequenter Weise soll so mittelfristig ein gemeinnütziger, nicht vordergründig Gewinn orientierter Sektor in der Wohnungswirtschaft entstehen. Ein Thema, zu dem wir aktuell und parteiübergreifend Gespräche mit externen Fachleuten aufgenommen haben und eine wichtige Aufgabe für die 18. Wahlperiode.

linksfraktion.de, 4. Juni 2013

Neuer Stadtteilverband



Am 29. Mai wurde der Stadtteilverband Stadtmitte-Brinckmansdorf gegründet (siehe Foto). Dem ging eine kurze Diskussion voraus, ob und warum und wozu man denn Stadtteilverbände benötige. Ein Blick in die Satzung beendete diese Debatte, denn dort steht, dass Regional- bzw. Stadt-

teilverbände gegründet werden, um den Kontakt zu den Ortsbeiräten zu festigen und jedem Parteimitglied (insbesondere solche, die in keiner BO organisiert sind) im Stadtteil die Möglichkeit zu geben, an der Wahl von Delegierten zu Kreisparteitagen teilzunehmen. Die Arbeit der Basisorganisationen bleibt davon unberührt.

Die Gründung des Verbandes Stadtmitte-Brinckmansdorf sollte eigentlich der krönende Abschluss in der Umsetzung des Kreisparteitagsbeschlusses vom März 2012 sein. Allerdings gibt es in der Kröpeliner Tor-Vorstadt nach wie vor keinen Stadtteilverband, da die Gründungsversammlung am 27. Mai abgebrochen werden musste. Es waren nur vier Personen aus dem Stadtteil anwesend.



Für den Frieden

165 Jahre Deutsche Marine, 100 Jahre Militärschiffbau Hohe Düne - kein Grund zum Feiern

Unter dieser Losung hatte das Rostocker Friedensbündnis und die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) zu einer Protestdemonstration auf dem geschichtsträchtigen Kanonsberg in Rostock am 8. Juni 2013 in der Zeit von 11.00 bis 12.00 Uhr aufgerufen.

In seinem Aufruf zur Protestdemonstration verwies das Rostocker Friedensbündnis schwerpunktmäßig auf die heutige Situation der Marine, die als Teilstreitkraft aus der Bundeswehrreform fast unbeschadet hervorgekommen ist. Besonders bezeichnend für die aggressive ausgerichtete Militärdoktrin der Bundeswehr ist die Anschaffung von 5 modernsten Korvetten von Typ K-130 in den letzten Jahren, die für den Einsatz in Küstengewässern ausgelegt sind und bis ca. 200 km ins Land schießen könnten. Diese Anschaffung der Kriegsschiffe ist mit ein Spiegelbild dessen, dass in der Teilstreitkraft der Marine die Militärdoktrin der Bundeswehr sich widerspiegelt, die letztendlich ihre aggressive Ausrichtung erneut unter Beweis stellt. Gerade unter dem Gesichtspunkt, dass weder durch die Ostsee-Anrainer-Staaten noch in Europa für das Land seit Jahren eine Gefahr existiert.

Mit Blick in die Historie wird deutlich, dass schon der Ausspruch Wilhelms II. „Unsere Zukunft liegt im Wasser“ aus Zeiten der imperialistischen Aufrüstung des deutschen Kaiserreiches auffallend gut in die heutige Zeit passt. Besonders deutlich wird es u.a. in der eingangs erwähnten Indienststellung der Korvetten von Typ K-130, die auch als „Braunschweigklasse“ bezeichnet wird. Jener Typenbezeichnung die schon damals in der kaiserlichen Marine verwendet wurde, um - mit modernsten Kanonen ausgerüstet - in die Welt zu ziehen und imperialistische Eigeninteressen in der Welt zu sichern.

Dass diese „Feierlichkeiten der deutschen Marine“ in Rostock stattfinden, ist bei weitem kein Zufall, bedenkt man, dass der „Heimathafen der Deutschen Marine“ seit seiner Verlegung von Glücksburg (SH) nach Rostock Hohe-Düne, eine weitere Konzentration hochtechnisierter Kriegsschiffe erfahren hat. Auch hier steht dieser Standort in langer Tradition, denn der Rüstungsstandort war der Seefliegerhorst von Heinkel in der Nazizeit.

Insgesamt betrachtet weist Mecklenburg-Vorpommern seit 2012 die höchste Militärdichte im gesamten Bundesgebiet auf. Jenem Bundesland wo seit 1989/1990 die höchste Arbeitslosigkeit herrscht, wo solche Industriezweige wie der Schiffbau u.a. kontinuierlich platt gemacht wurden und wo statt auf Konversion (die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion) die Wirtschaft auszurichten, ein Hochrüsten praktiziert wird.

Sogar die Stadtverwaltung wirbt stolz mit einer Imagekampagne seit 2012 für den „Marinesandort Rostock“, indem sie sich nicht scheut, auf dem Titelblatt ein Kind mit Schirmmütze der Marine darzustellen.

Diese vom Rostocker Friedensbündnis inszenierte Protestdemonstration wurde unterstützt vom Landtagsabgeordneten der Linken in MV, Dr. Hikmat Al-Sabty, dem Mitglied der Rostocker Bürgerschaft der Partei Die Linke, Günter Althaus, Vertreter der DKP Rostock sowie Vertretern des RotFuchs Fördervereins e.V., Regionalgruppe Rostock.

Allgemein üblich ist es, Jubiläen und andere Festlichkeiten mit bunten Luftballons zu feiern, wir als Protestierende starteten sinnbildlich 5 Minuten vor 12 Uhr am 8. Juni 2013 mit schwarzen Luftballons vom Kanonsberg in den blauen Himmel von Rostock.

Carsten Hanke, Lambrechtshagen

Landkreis-Geburtstage im Juli

Herbert Ditz	BO Rerik	75. Geburtstag
Klaus Gehrhardt (sen.)	BO Kühlungsborn	81. Geburtstag
Margarete Geitmann	BO Kröpelin	88. Geburtstag
Friedhelm Hauck	BO Dummerstorf	55. Geburtstag
Horst Linke	BO Dummerstorf	75. Geburtstag
Ursula Radtke	BO Graal-Müritz	88. Geburtstag
Heinz Schwander	BO X Bad Doberan	85. Geburtstag

... und im August

Brigitte Jenning	BO II Bad Doberan	70. Geburtstag
Rosita Mewis	BO Amt Schwaan	65. Geburtstag
Gudrun Pach	BO Papendorf	55. Geburtstag
Hannelore Schwesig	BO Kühlungsborn	86. Geburtstag
Ruth Staatz	BO II Bad Doberan	81. Geburtstag
Ilona Wallat	BO Kröpelin	60. Geburtstag

Up un Dal



Gewinnerin:

DIE LINKE, denn sie geht geschlossen und mit einem sehr guten Wahlprogramm in den Wahlkampf.

Verliererin:

DIE LINKE im Saarland muss die Listenaufstellung zur Bundestagswahl wiederholen, da man sich bei der ersten Wahl „verzählt“ und die falsche Person zur Spitzenkandidatin gekürt hat.

Monatszitat

„Als die Weißen nach Afrika kamen, hatten wir das Land und sie die Bibel. Dann lehrten sie uns, mit geschlossenen Augen zu beten – und als wir die Augen wieder öffneten, hatten sie das Land und wir die Bibel.“ (Jomo Kenyatta, kenianischer Staatsmann)

Monatszahl

14 Mitglieder hat der neu gewählte Kreisvorstand der LINKEN Hannover. In Rostock sind es auch 14. Aber in Hannover sind alle weiblichen Geschlechts. Das geht ja nun doch zu weit!

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer ist unser Kandidat für die Landratswahl?
2. Wer saß bei EDEKA an der Kasse und spendete den Erlös für einen guten Zweck?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 31.08.2013